

Vizepräsident Edgar Moron: Pech gehabt, Herr Kollege Remmel! Das hat nicht geklappt. – Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Debatte. Weitere Wortmeldungen gibt es nicht mehr.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/7682** an den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Die abschließende Beratung und Abstimmung wird in diesem Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Sind Sie damit einverstanden? – Ist jemand dagegen? – Das haben wir einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu:

5 Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6920

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/7690

In Verbindung mit:

Gesetz zur Errichtung eines Fonds für eine Inanspruchnahme des Landes Nordrhein-Westfalen aus der im Zusammenhang mit der Risikoabschirmung zugunsten der WestLB AG erklärten Garantie (Risikofondsgesetz – RiFoG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6921

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7724

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/7691

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Klein das Wort. Bitte schön.

Volkmar Klein (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat, es gibt ein Protokoll der Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses. Das Protokoll steht für eine ausführliche Diskussion, die dort auch geführt wurde. Ich möchte noch einmal drei Punkte unterstreichen, die mir wichtig sind.

Erstens. Der eingebrachte Nachtragshaushaltsplan ist ein guter Haushaltsplan, weil er die Solidität der Haushaltsführung dieses Landes betont, was zum Beispiel dadurch deutlich wird, dass die Steuer-schätzungen richtigerweise sehr vorsichtig waren. Deshalb weist der Nachtragshaushaltsplan jetzt Mehreinnahmen aus, die verwertet werden können.

Zweitens. Es ist auch richtig, dass der größte Teil der Mehreinnahmen verwertet wird, um ein Sondervermögen für Risiken aus dem Bereich WestLB anzulegen. Das hat etwas mit Periodenrichtigkeit zu tun. Es ist zwar nicht so, dass die Risiken bei der WestLB jetzt gerade entstanden wären. Wir wissen alle, dass sie in früherer Zeit entstanden sind, hauptsächlich vor dem Zeitpunkt des Wegfalls der Gewährträgerhaftung, also vor 2005. Aber sie sind jetzt aufgetaucht. Deshalb ist es jetzt richtig, dieses Sondervermögen zu bilden.

Drittens. Es werden eine Menge einzelner Punkte nachvollzogen, die im Ausschuss auch intensiv beraten worden sind. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit gehe ich davon aus, dass es in Ihrem Interesse ist, wenn ich darauf nicht näher Bezug nehme.

Ich möchte abschließend nur noch darauf hinweisen, dass wir – und ich bin froh über die Unterstützung aller anderen Fraktionen dieses Hauses – gemeinsam mit den anderen Fraktionen zur dritten Lesung des Nachtragshaushaltsplanes noch einen weiteren Antrag einbringen werden, um für das Projekt Kulturhauptstadt den Kommunen Mittel an die Hand zu geben, die verausgabt werden können, wenn es sich um eine Haushaltssicherungskommune handelt: 2 € pro Einwohner für die betroffenen Kommunen sollen über die drei nächsten Jahre ausgegeben werden können. Das scheint mir im Interesse der Außendarstellung dieses Landes und unter Würdigung des Themas Kulturhauptstadt eine richtige Initiative zu sein. Dazu gibt es noch den einen oder anderen Klärungsbedarf.

Deswegen sollten wir heute in zweiter Lesung über den zweiten Nachtrag 2008 abstimmen und die dritte Lesung ohne weitere Beratung auf morgen verschieben, sodass dann in der Zwischenzeit bei der einen oder anderen Fraktion auch noch Unklarheiten beseitigt werden können. Das ist im Interesse des Projektes eine gute Entscheidung. Ich werbe jetzt dafür, in zweiter Lesung diesem zweiten Nachtrag 2008 seine Zustimmung zu geben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. – Zur Klärung des Sachverhalts: Es ist vorgesehen, die dritte Lesung heute im Anschluss an die zweite Lesung durchzuführen. War das jetzt ein Antrag von Ihnen, das auf morgen zu

verschieben und morgen die Tagesordnung entsprechend zu erweitern?

(Günter Garbrecht [SPD]: Kollege Klein war nicht richtig informiert!)

– Ich überlasse es den Parlamentarischen Geschäftsführern, diese wichtige Frage bis zum Ende der Debatte zu klären.

Für die SPD-Fraktion hat als Nächste Frau Brunn das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Anke Brunn (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die SPD-Fraktion möchte ich anmerken, dass unbeschadet, ob die dritte Lesung jetzt sofort oder morgen stattfindet, grundsätzlich unsere Kritik an dem zweiten Nachtragshaushalt nicht nur aufrechterhalten, sondern bekräftigt wird, und zwar auch durch die Beratungen zum Nachtragshaushalt.

Wenn es eines Beweises für die Widersprüchlichkeit und für den Widerspruch von Reden und Handeln in der Finanzpolitik der Landesregierung bedurft hätte, dann ist es dieser zweite Nachtragshaushalt für das Jahr 2008. Sie haben lange verkündet, dass Sie zusätzliche Mittel für die Senkung der Nettoneuverschuldung einsetzen wollen.

Hier genau machen Sie das komplett nicht. Zusätzliche Steuereinnahmen werden eben nicht für die Senkung der Nettoneuverschuldung, so gut auch immer der von Ihnen angestrebte Zweck sein mag, eingesetzt.

(Beifall von der SPD)

Im Übrigen will ich gar nicht darüber reden, dass Sie auch noch 56 Millionen € zusätzlich weniger an die Gemeinschaft der Länder abführen müssen. Auch hier haben Sie zusätzliche Spielräume gewonnen. Das alles wird nicht für die Senkung der Nettoneuverschuldung verwendet. Das steht im Widerspruch zu dem, was Sie erklären.

Sie sagen, der Konsolidierungspfad wird fortgesetzt. – Das tun Sie aber nicht. Bisher haben Sie von der guten Konjunktur profitiert, Herr Minister, nicht von Ihrer guten Politik. Sie haben von der guten Konjunktur profitiert. Sie haben das Glück gehabt, Schönwetterpolitik machen zu können.

Die Frage ist: Wie verhalten Sie sich fiskalpolitisch, wenn Sie in die Normalität des Haushaltsgeschäftes hineinkommen? Darüber wissen wir bisher noch nichts.

Jedenfalls ist Ihr Konsolidierungsbeitrag bisher minimal – und auch nicht nachhaltig. Das Einzige, was wirklich nachhaltig zur Konsolidierung des Haushaltes beigetragen hat, sind die Kürzungen, die Sie bei den Mitteln für die Kommunen vorgenommen haben. Und das sind die Studiengebühren für die Studierenden. Das sind nachhaltige Beiträge, mit denen sie aber gleichzeitig das eigentliche Konsolidie-

rungsgeschäft auf schwächere Ebenen, nämlich auf die Kommunen und auf die Studierenden, abgewälzt haben.

Außerdem nehmen Sie Ihre Versprechen ganz ungerührt zurück. Das sieht man auch an diesem Nachtragshaushalt. Was besonders befremdet – deshalb möchte ich dieses Beispiel heute noch einmal ansprechen –, sind die 75 kw-Vermerke, die gestrichen werden. Diese betreffen die von Ihnen mit der Regierungsbildung vorgenommenen Neueinstellungen. Damals haben Sie erklärt: Okay, die werden übergeleitet. Dann werden die entsprechenden Stellen nach einem gewissen Zeitablauf kw-gestellt. Diese kw-Vermerke streichen Sie. Das heißt, Sie haben den Regierungsapparat und vor allen Dingen den Apparat des Ministerpräsidenten in einer Art und Weise aufgebläht, wie es bisher in der Geschichte dieses Landes noch nicht dagewesen ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Stellen Sie sich einmal vor, Johannes Rau hätte das gemacht! Wie haben Sie den wegen der geringsten Veränderungen in der Steuerung der Staatskanzlei angegriffen!

Jetzt saugt sich der Ministerpräsident mit Stellen voll – mit Redenschreibern, Imageberatern und durch viele weitere Veränderungen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das ist ein unglaublicher Skandal, auch wenn es nur eine geringe Zahl an Stellen betrifft, und ist auch geschmacklos und zynisch.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Letzte Woche haben wir hier im Plenum des Landtags die Datenschutzbeauftragte gehört. Der – einer winzigen Behörde – streichen sie die Stellen zusammen, und das angesichts der aktuell so vielen Datenschutzskandalen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Unverschämtheit!)

So nehmen Sie ihr die Möglichkeit, vor Ort zu überprüfen. Das ist doch falsch.

Es ist zum Beispiel auch falsch, dass die Ruhegehaltswirksamkeit der Zulagen für die Feuerwehrleute jetzt entfällt. Das ist auch ein geringer, aber wichtiger Betrag. Die Stellen für den höheren Dienst zur Aufblähung des Regierungsapparates jedoch verleiben Sie sich ein, obwohl Sie vorher das Gegenteil behauptet haben.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Das sehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung. Das haben sie in den Anhörungen gesagt. Das stößt bitter auf, und das müssen wir kritisieren und anmerken, dass wir dem nicht zustimmen wollen.

Ferner fehlt es auch an der Souveränität und Führungsfähigkeit, an der Regierungsfähigkeit. Sie brauchen diese ganzen Imageberater und Redenschreiber, weil Sie das Handwerk im Grunde genommen noch nicht richtig verstehen und nicht richtig beherrschen.

Auch zum Fonds möchte ich etwas sagen: Es mag im Kern richtig sein, dass man diesen Risikoschirm für die WestLB aufgespannt hat, aber bezüglich der Umsetzung dieser Maßnahme haben wir schon im Frühjahr erhebliche Kritik angebracht.

Ist es wirklich vertretbar, dass dies über eine Gesellschaft läuft, die in Irland sitzt und bei der Sie nach der Struktur der Arbeitsweise ausgerechnet den Bock zum Gärtner machen? – Sie machen eine Gesellschaft zum Gärtner, die von derselben Sorte ist wie die Arten von Gesellschaften, die uns im Rahmen der Finanzkrise in Schwierigkeiten gebracht haben.

Sie behaupten, Sie hätten alle möglichen Sicherheiten. Nur diese Sicherheiten können wir bisher in keiner Weise parlamentarisch überprüfen. Es ist keinerlei parlamentarische Kontrolle vorgesehen – auch nicht in dem Risikoschirmgesetz, das Sie hier vorlegen. Das macht uns eine Zustimmung unmöglich. Sie wollen, dass wir etwas akzeptieren, ohne dass insofern Transparenz besteht; etwas, bei dem auch die Art und Weise, wie Sie das tun, nicht vertretbar ist.

Dies hat der Bundestag ganz anders gemacht. Er hat eine andere Konstruktion gewählt. Der Bundestag hat am letzten Freitag beschlossen, dass ein unabhängiges Gremium eingesetzt wird, das die Angelegenheit begleitet, und hat eine parlamentarische Kontrolle der ganzen Aktivität, und zwar in dem Gesetz, vorgesehen.

Da es dabei um Rechte geht, die andernfalls eingeklagt werden müssen, haben wir hier den Antrag gestellt, den entsprechenden Paragraphen des Bundesgesetzes – § 10a – und das Verhandlungsergebnis, das in Berlin hierzu erzielt worden ist, auf die Landesebene zu übertragen.

Im Bund setzt sich das Gremium aus neun Mitgliedern zusammen, wir würden ein kleineres Gremium wählen. Wir wären zufrieden, würde in dieser Legislaturperiode ein relativ kleines Gremium mit fünf Mitgliedern des Landtags eingesetzt, um diese Aktivität bis zum Ende des Risikofonds parlamentarisch zu begleiten. Wir möchten, dass der Landtag das hier beschließt – ähnlich, wie der Bundestag in der Lage war, es in Berlin zu machen.

Dies soll ein Einstieg in die Art und Weise sein, wie dieser Risikoschirm und die begleitenden Aktivitäten weiterzuentwickeln sind, damit das Ganze eine vertretbare Form erhält. Es könnte auch sein, dass wir aus dem Angebot des Bundes – darüber gab es eine bundesweite Verständigung – lernen, wie wir

eine für den Risikoschirm in Nordrhein-Westfalen vertretbare Form finden können.

Ich sage auch: Vertrauen muss man zurückgewinnen. Sie, Herr Minister, und auch der Ministerpräsident haben in finanzpolitischen Fragen erheblich an Vertrauen verspielt.

Der Ministerpräsident hat im vergangenen Jahr die Sparkassen im Zusammenhang mit der WestLB in einer Art und Weise angegriffen, die eine damals vernünftige ökonomische Lösung unmöglich gemacht hat. Jetzt stellt er sich einigermaßen zynisch hin und sagt: Sollen die Sparkassen doch machen! Zugleich erschwert er ihnen das Geschäft mit einem Sparkassengesetz, das bundesweit in keinem anderen Bundesland eine Parallele findet; ganz zu schweigen davon, dass es hier im Land niemand als sinnvoll erachtet. Wenn Sie Vertrauen zurückgewinnen wollen, dann müssen Sie an der Stelle etwas tun.

Nun haben wir eben gelernt, dass Sie das nicht wollen. Aber ich sage Ihnen: Sie werden das lernen müssen. Denn manchmal ist es besser, lernfähig zu sein, als mit dem Kopf gegen die Wand zu rennen – auch wenn man die Mehrheit hat.

Es ist nicht nur eine Frage der Mehrheit, sondern auch eine Frage der Vernunft, Vertrauen zurückzugewinnen. Ich rate zur Vernunft. Im Übrigen rate ich dazu, unseren Änderungsantrag anzunehmen und den Nachtragshaushalt abzulehnen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Brunn. – Jetzt hat für die FDP-Fraktion Frau Kollegin Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Keine Debatte im Finanzbereich kann heute die internationale Finanzmarktsituation ausblenden. Das ist auch hier bei der zweiten Lesung des zweiten Nachtragshaushalts für das laufende Haushaltsjahr 2008 der Fall.

Denn ein wesentlicher Bestandteil des Nachtragshaushalts, dem die FDP-Fraktion ihre Zustimmung erteilen wird, ist die Zuführung von 95 Millionen € an das Sondervermögen zur Bedienung der tatsächlichen Ausfälle, die unter der Risikoabschirmung für die WestLB möglicherweise anfallen.

Das entsprechende Gesetz zur Bildung eines Fonds werden wir heute ebenfalls behandeln. Mit diesem Risikoschirm, auf den sich die Eigentümer der WestLB bereits am 8. Februar dieses Jahres geeinigt haben, war Nordrhein-Westfalen vor dem Hintergrund der in der vergangenen Woche auch von der Bundesregierung, dem Bundestag und dem

Bundesrat ergriffenen Maßnahmen sicherlich seiner Zeit klar voraus.

Eine Bewertung der Maßnahme des Bundes habe ich heute Morgen vorgenommen. Das möchte ich deswegen an dieser Stelle nicht noch einmal wiederholen. Ebenso wie hoffentlich alle anderen Mitglieder dieses Hohen Hauses hoffe ich, dass das Land aus der Risikoabschirmung, also der Garantie, tatsächlich so wenig wie möglich in Anspruch genommen wird und sich die am Horizont drohenden Risiken nicht realisieren.

Meine Damen und Herren, die bisher aufgetretenen tatsächlichen Verluste stimmen in der Tat etwas optimistisch. Es gibt aber natürlich keine Gewähr dafür, dass diese Entwicklung so moderat bleibt. Deswegen ist die Zuführung an diesen Fonds vertretbar und notwendig.

Es ist Sache der Experten bei der WestLB AG, zu klären, ob eine Inanspruchnahme des Pakets auf Bundesebene, das in der vergangenen Woche beschlossen wurde, im Verbund mit anderen Banken auch für die WestLB infrage kommt. Wir haben auch das heute Morgen bereits einmal thematisiert.

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die FDP-Fraktion hat die Rettung der WestLB mitgetragen und unterstützt, weil eine Insolvenz der WestLB, einer sogenannten systemrelevanten Bank, auch schwerwiegende Folgen für eine Vielzahl von Betroffenen und auch für die nordrhein-westfälischen Sparkassen gehabt hätte. Mit Sicherheit hätten die Finanzkrise und die Finanzmarktsituation heute noch ganz andere Dimensionen, wenn eine Bank in der Größe der WestLB wirklich in noch ernsthaftere Schwierigkeit geraten wäre.

Es gibt inzwischen Signale aus Brüssel, dass Wettbewerbskommissarin Kroes – sie war auch schon gelegentlich Gegenstand der parlamentarischen Debatte – bei der Prüfung, ob die Rettung der WestLB bzw. ob der Fonds und der Risikoschirm gegen europäisches Beihilferecht verstoßen, die weltweiten Stützungsmaßnahmen anderer Regierungen berücksichtigen wird. Das macht auch Sinn.

Wir werden die Rettung und Stärkung jedenfalls unterstützen. Sie ist konsequent. Es ist auch konsequent, für den Fall vorzusorgen, dass die Eigentümer aus der Risikoabschirmung doch in Anspruch genommen werden, weil Risiken schlagend werden.

Bedingt durch die kamerale Struktur des Haushalts kann das Land einen tatsächlich entstandenen Verlust nicht nach Abschluss des Haushaltsjahres in der Ergebnisrechnung buchen. Die Einnahmen und Ausgaben müssen stets vor dem eigentlichen Wirksamwerden „geplant“ werden. Mit der vorgesehenen Konstruktion, einen Fonds zur Bedienung der tatsächlichen Verluste aus den riskanten Wertpapieren einzurichten und diesen dann im Rahmen der ordentlichen Haushaltsplanung aus dem Landes-

haushalt zu speisen, um damit den kurzfristig auftretenden und in ihrer Höhe heute noch völlig ungewissen Auszahlungen begegnen zu können, gehen wir einen vernünftigen Weg mit, um diese schwierige Situation zu bewältigen.

Es ist aus meiner Sicht bedauerlich, dass wir diese für die WestLB AG so wichtige Entscheidung nicht im Konsens mit dem gesamten Parlament treffen können, wie es bei Weichenstellungen dieser Größenordnung eigentlich Tradition hat. Wir haben uns in der Vergangenheit gemeinsam der Verantwortung für die WestLB, für die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und für den Finanzplatz Nordrhein-Westfalen gestellt.

Meine Damen und Herren, insbesondere die Kollegen von der SPD haben in der vergangenen Woche Signale gesandt, wonach man gemeinsame Wege gehen kann. Ich finde es schade, dass Sie Ihre Zustimmung zu diesem Risikoschirm nun doch verweigert haben. Vielleicht gehen Sie doch noch einmal in sich. Ich glaube, es wäre ein gutes Signal, wenn Sie diesen Risikoschirm und die Speisung des Risikofonds mittragen würden. Das wäre ein gutes Signal für die Kunden und Beschäftigten der WestLB, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger im Interesse des Finanzplatzes.

Zu den Kollegen der Grünen lassen Sie mich auch noch eine Anmerkung machen. Während der ersten Lesung dieses Nachtragshaushalts hat Herr Kollege Remmel dem Finanzminister vorgeworfen, eine Verschleierungspolitik zu betreiben

(Beifall von den GRÜNEN)

und diesen Nachtragshaushalt ohne vernünftigen Grund eingebracht zu haben.

(Zuruf)

– Herr Kollege Becker, warten Sie bitte noch einmal ab, was kommt. Dann überlegen und reflektieren Sie vielleicht einmal, ob Ihre Beifallsbekundungen zutreffend sind.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Damit es wieder präsent ist, darf ich mit Genehmigung des Präsidenten aus dem Protokoll der Sitzung vom 18. Juni dieses Jahres zitieren:

Warum jetzt ein zweiter Nachtrag? Brechen die Steuereinnahmen weg? Haben wir eine Staatskrise zu bewältigen? Nichts von alledem.

Herr Kollege Remmel hat Zweifel an der Notwendigkeit dieses zweiten Nachtragshaushalts geäußert, wenn ich ihn richtig verstanden habe und er im Protokoll richtig wiedergegeben wurde.

Ich kann dazu nur sagen: Dieser Nachtragshaushalt war und ist nötig, weil die Steuereinnahmen erfreulich hoch ausgefallen sind. Und die Staatskrise verhindern wir gerade mit diesem Risikofonds. Er ver-

hindert, dass die WestLB und zahlreiche Sparkassen in Schwierigkeiten geraten könnten.

Allein diese Tatsachen scheinen für Sie jedoch immer noch kein ausreichendes Argument für einen Nachtragshaushalt zu sein. Deswegen will ich das einfach für sich stehen lassen. Ich finde es bedauerlich; denn zumindest die Notwendigkeit eines Nachtragshaushaltes ist aus meiner Sicht absolut unstrittig und sollte absolut unstrittig sein.

Die Redner haben heute mehrfach und an unterschiedlichen Stellen gesagt, dass wir den Ansatz der Steuereinnahmen mit diesem Nachtragshaushalt zum wiederholten Male nach oben korrigieren dürfen und müssen. Das ist auch Ausdruck der vorsichtigen Herangehensweise des Finanzministers und der Landesregierung, die Steuereinnahmen in ihrem Etatentwurf zunächst einmal zurückhaltend anzusetzen. Auch wenn es Anlass zur Skepsis gibt, hoffe ich, dass wir in den künftigen Jahren ebenfalls in die Verlegenheit kommen, Nachtragshaushalte auf den Weg bringen zu können, weil wir mehr Steuereinnahmen haben als ursprünglich angenommen wurde.

Ich will auf drei Punkte eingehen, die von den Kollegen angesprochen wurden.

Zum einen geht es um die Streichung der 72 kw-Vermerke. Die von der Opposition hierzu vorgetragene Argumente überzeugen nicht, auch wenn ich mir gewünscht hätte, dass es auch andere Lösungen gegeben hätte.

Ich möchte, dass Sie sich vergegenwärtigen, dass die schwarz-gelbe Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen seit 2005 viel mehr für einen schnelleren Personalabbau getan haben, als es jemals zuvor der Fall war. Ich nenne in diesem Zusammenhang nur die 1,5%ige Stelleneinsparvorgabe. Bis zum Jahr 2010 werden wir über 12.000 kw-Vermerke realisiert haben, und zwar kw-Vermerke, die sich noch seit rot-grünen Zeiten und seit halben Ewigkeiten im Haushalt befanden und befinden, aber eben nie realisiert wurden.

Wenn aber die Gesamtstellenzahl des Landes Nordrhein-Westfalen nicht um diesen Beitrag sinkt, was insbesondere bei den 72 Stellen immer wieder angemerkt wird, muss ich – auch wenn Ihnen dieser Hinweis vielleicht nicht gefallen mag – darauf aufmerksam machen, dass wir in den so lange von Rot-Grün vernachlässigten Bildungsbereich investiert haben, hauptsächlich im Bereich Personal. Zum Schuljahr 2009/2010 werden rund 7.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer in den Diensten des Landes Nordrhein-Westfalen stehen und damit den Unterrichtsausfall weiter reduzieren sowie die individuelle Förderung verbessern.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

– Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Deswegen werde ich nicht mehr darauf eingehen können,

dass wir die Ausgaben für die vorschulische Bildung mit diesem Nachtragshaushalt intensivieren und sie weiter ausbauen. Meine Damen und Herren, ich merke nur noch an, dass sich der Nachtragshaushalt nahtlos in die bisherige Politik von FDP und CDU einfügt und damit in eine sehr erfolgreiche Politik für das Land Nordrhein-Westfalen, für Bildungschancen für unsere Kinder und für die Konsolidierung unseres Haushaltes. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält das Wort Herr Abgeordneter Groth.

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Finanzminister, Sie wären gerne schon gekommen und hätten wahrscheinlich in dieses Horn der Selbstsuggestion gestoßen, dass man sich in der Haushaltspolitik Nordrhein-Westfalens alles schönredet, so wie es Ihnen Frau Freimuth gerade vorgemacht hat.

(Christian Möbius [CDU]: Das ist ganz was Neues!)

Da kennen wir Sie zur Genüge. Deshalb bin ich froh, dass ich vor Ihnen drankomme und ein paar Feststellungen treffen kann, meine Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stelle fest: Hätten Sie früher auf uns gehört, hätte es dieses Nachtragshaushaltes nicht bedurft. Wir haben Ihnen schon sehr früh prophezeit, dass Sie bei KiBiz mehr Geld brauchen. Wir haben Ihnen auch aufgetragen, erst einmal eine funktionsfähige Finanzverwaltung hinzustellen und auch dort hinein zu investieren usw. usf. Es sind Anträge gestellt worden.

Und auch mit den Steuermehreinnahmen könnten Sie im Vollzug alles so machen, wie Sie es gesagt haben, nämlich jede Steuermehreinnahme in die Senkung der Nettoneuverschuldung zu stecken. Dann hätten wir am Ende des Jahres abgerechnet und Sie hätten Ihr Versprechen eingehalten. Das tun Sie aber nicht. Deshalb bedarf es dieses Nachtragshaushaltes.

Meine Damen und Herren, früher hat Herr Minister Linsen, als er noch nicht Minister war, erklärt: Das mit den Nachtragshaushalten, das ist Verschleierung, das ist alles nicht transparent. – Dann musste er, gleich im ersten Regierungsjahr 2005, einen zweiten Nachtragshaushalt durchziehen. Da hat er dann gesagt: Ja, das mit der Transparenz und der Übersichtlichkeit, das gilt schon noch, was ich früher gesagt habe, und es soll jedenfalls demnächst nicht mehr zu Nachtragshaushalten kommen. – Im Jahr 2006 kam es dann tatsächlich nicht zu einem Nach-

tragshaushalt, aber zu zwei Ergänzungsvorlagen, die im Übrigen größer waren als der Haushalt insgesamt, was auch nicht gerade der Transparenz gedient hat. Im nächsten Jahr, 2007, dann der erste Nachtrag, der zweite Nachtrag; 2008 erster Nachtrag, zweiter Nachtrag.

(Christian Möbius [CDU]: Alles Haushaltsverbesserungen!)

Das zur Übersichtlichkeit und Transparenz. Herr Minister Linssen, Sie sind ein wahrer Garant für Unübersichtlichkeit und Intransparenz, so wie Sie es früher selbst dargestellt haben. Wir Grüne haben Sie jedenfalls früh gemahnt, bei KiBiz einzustellen und die Finanzverwaltung in einen arbeitsfähigen Zustand zu versetzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und jetzt kommen Sie uns auch noch mit diesen 72 Stellen. 72 hoch bezahlte Vertraute in der Staatskanzlei, 72 Getreue, meine Damen und Herren, 72mal das richtige Parteibuch.

Sie haben uns immer vorgeworfen, wir hätten zu rot-grüner Regierungszeit Leute in den Ministerien untergebracht. – Mitnichten! Sie mussten es in eigenen Vorlagen – Herr Minister, ich habe sie Ihnen mitgebracht – eingestehen, dass es keine einzige Stelle gegeben hat, die von uns nur wegen des Regierungswechsels eingerichtet worden ist. Es hat zwei Neueinstellungen gegeben, und die sind beide kw-gestellt worden. Die sind Ende des Jahres 1995 auch wieder kw gewesen. Von daher mussten Sie die ganzen Vorwürfe, die Sie dauernd versucht haben, im Lande Nordrhein-Westfalen zu virulieren, zurücknehmen.

Jetzt stehen Sie hier und verkünden, dass von diesen 72 Stellen keine einzige wegfällt, und: Ihre Getreuen, hoch bezahlt, mit dem richtigen Parteibuch, bleiben auf ewig dem Lande Nordrhein-Westfalen erhalten. – Vielen Dank dafür.

(Christian Möbius [CDU]: Wir regieren ja auch noch lange!)

Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler des Landes werden sich bei Ihnen bedanken können.

Meine Damen und Herren, Sie haben angekündigt, alle Steuermehreinnahmen in die Senkung der Nettoneuverschuldung fließen zu lassen. Das tun Sie eben nicht.

(Volkmar Klein [CDU]: Doch!)

– Nein, das tun Sie nicht. – Das RWI hat erst kürzlich in einer Anhörung zum Haushalt im Haushalts- und Finanzausschuss dazu sinngemäß ausgeführt, dass diese Ankündigung von Anfang an unsinnig gewesen ist und im Übrigen auch nicht von Ihnen annähernd eingehalten wird.

Mit den Steuermehreinnahmen konsolidieren Sie eben nur noch zu rund 48 %. Und die Tendenz ist

sinkend. Nicht einmal das machen Sie. Sie setzen also die Steuermehreinnahmen – Steuermehreinnahmen, die Sie nicht verdient haben, sondern die die Bürgerinnen und Bürger gezahlt haben – nicht für die Schuldensenkung ein. Sie halten Ihre Versprechen nicht ein, meine Damen und Herren.

Jetzt möchte ich Ihnen ein Beispiel aus der rot-grünen Regierungszeit 2000 bis 2005 nennen. Damals hatten wir nicht steigende Steuereinnahmen, wie Sie sie haben, sondern wir hatten sinkende Steuereinnahmen. Was tut man bei sinkenden Steuereinnahmen? Was würden Sie tun? – Sie würden die Nettoneuverschuldung erhöhen. Das haben auch wir machen müssen. Aber, meine Damen und Herren, wir haben die Nettoneuverschuldung nicht in dem Umfang erhöht, wie uns die Steuereinnahmen ausgefallen sind. Bei zurückgehenden Steuereinnahmen haben wir den Rest, den wir nicht über Verschuldung gemacht haben, tatsächlich eingespart. Das sind etliche Milliarden in unserer Regierungszeit gewesen. Das sollten Sie sich einmal zu Herzen nehmen. Sie schaffen es nicht einmal, bei steigenden Steuereinnahmen bei dem zu bleiben, was Sie versprochen haben.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Groth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Klein?

Ewald Groth (GRÜNE): Aber gerne doch. Er ist immer qualifiziert.

Vizepräsident Edgar Moron: Sie haben ja auch andauernd Zwischenfragen gestellt; dann müssen Sie das auch anderen erlauben.

Volkmar Klein (CDU): Herr Kollege Groth, sind Sie denn eventuell bereit zuzugestehen, dass ein erheblicher Teil der Steuermehreinnahmen des Landes automatisch an die Kommunen weiterzureichen ist und insofern nicht mehr zur Schuldenreduzierung zur Verfügung steht, oder wollen Sie eventuell den Kommunen den kommunalen Anteil streitig machen?

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Kollege Klein, den kommunalen Anteil haben Sie abgesenkt – gut, dass Sie mich noch einmal darauf gebracht haben, denn das hatte ich Ihnen noch gar nicht vorgeworfen. Er liegt ja gar nicht mehr bei 23 %. Den haben Sie abgesenkt.

Im Übrigen: Wenn 23 % an die Kommunen fließen, dann wissen unsere Zuschauerinnen und Zuschauer, dass 77 % beim Land verbleiben. Das ist das Dreifache. Damit haben Sie aber eben nicht die Schulden gesenkt, sondern Sie haben verkonsolidiert. Sie haben im Moment noch nicht einmal im

Umfang der Hälfte eine Konsolidierung. Den Rest verpulvern und konsumieren Sie.

(Zuruf von Volkmar Klein [CDU] – Christian Möbius [CDU]: Bildung!)

Das ist das eigentliche Desaster. Sie haben seit 2005 mehr als 8 Milliarden € zur Verfügung. Sie verwenden das aber nicht für eine strikte solide Haushaltspolitik. Die sieht jedenfalls anders aus. Mehr als die Hälfte davon haben Sie verpulvert.

Mit der Geschichtsklitterung jedenfalls, an allem sei die Erblast von Rot-Grün schuld, haben wir jetzt endgültig aufgeräumt. Wir sind die tatsächlichen Sparer in der Not gewesen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie sparen nicht einmal in der Zeit, in der Sie Geld übrig haben. Selbst in dieser Zeit verpulvern Sie noch die Hälfte.

Ab jetzt steht Ihnen aber eine ganz andere Ausrede dafür zur Verfügung. Wir haben ja gerade die Zeitenwende. Heute Morgen haben wir die Finanzkrise diskutiert. Ab heute werden Sie ja nicht mehr sagen: Dafür trägt Rot-Grün die Schuld. Langsam hat ja auch der Letzte gemerkt, dass Sie hier bereits ein paar Jahre regieren. Ab heute werden Sie sagen: Jetzt können wir es nicht mehr. Jetzt liegt es an der Finanzkrise. – Das werden Sie sagen, wenn die Leute auf der Matte stehen und fordern, dass Sie jetzt bitte in die Jugendförderung, in die Kindertagesstätten, in die U3-Plätze, in die Über-Mittag-Betreuung und in das Mittagessen für die Kinder investieren sollten.

(Zuruf von Volkmar Klein [CDU])

– Das ist kein Luxus, Herr Klein. Das darf unsere Bevölkerung bei erhöhten Steuereinnahmen von Ihnen erwarten, dass Sie nachhaltig und zukunftsfähig so in Bildung und Umwelt investieren, dass wir auch etwas vom Steuergeld haben, und dass Sie das Geld nicht verpulvern.

(Beifall von GRÜNEN und Anke Brunn [SPD])

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Groth, gestatten Sie eine zweite Zwischenfrage von Herrn Möbius?

Ewald Groth (GRÜNE): Im Moment würde ich gerne zum Ende meiner Rede kommen.

Vizepräsident Edgar Moron: Ich fände das auch gut. Denn wir haben die vorgesehene Zeit schon weit überschritten. Je länger wir jetzt hier darüber debattieren, umso später ist der heutige Plenartag zu Ende. Sie wissen, wir haben noch einen Anstusstermin. – Herr Groth, lassen Sie die Frage von Herrn Möbius jetzt zu oder nicht?

Ewald Groth (GRÜNE): Nein. – Herr Möbius, wir können das nachher unter vier Augen klären.

Vizepräsident Edgar Moron: Gut. Dann fahren Sie bitte fort, Herr Groth.

Ewald Groth (GRÜNE): Ich nehme mir Ihre Ermahnung sehr zu Herzen, Herr Präsident, und komme deshalb auch relativ schnell zum Schluss.

Zum Risikoschirm will ich nicht mehr viel sagen. Die Risiken sind größer, als es allgemein hier dargestellt wird. Das werden wir am Ende noch sehen. Das wird auch über die Steuergelder abgerechnet werden. Das werden die Bürgerinnen und Bürger noch schmerzlich zu spüren bekommen.

Ich bin sehr kritisch, was das Gremium angeht. Wir haben gerade über den Vorschlag an die SPD gesprochen. Wenn wir das bis morgen so verändern, dass aus jeder Fraktion auch ein Mitglied in diesem Gremium vertreten sein kann, dann könnten wir uns in der dritten Lesung vielleicht darauf verständigen.

Ich möchte aber sagen: Dieses Gremium an sich gibt es schon. Wir brauchen nicht unbedingt ein neues Gremium. Aber wenn es denn so sein soll, dann sage ich: in Ordnung.

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

Richtig informiert werden muss der HFA. Da sind Sie an der ersten Stelle, Herr Finanzminister. Da müssen Sie nicht „Bravo!“ rufen. Wenn Sie das Gremium, das hier dafür installiert ist, nämlich den Haushalts- und Finanzausschuss, wirklich transparent, zeitnah und in aller Vertraulichkeit vernünftig informieren würden,

(Minister Dr. Helmut Linssen: Das ist eine Unverschämtheit!)

dann würde das wahrscheinlich auch schon ganz anders aussehen. Vielleicht hätte die SPD diesen Antrag dann sogar gar nicht gestellt. Wir werden den Antrag unterstützen, wenn von jeder Fraktion ein Mitglied in diesem Gremium vertreten sein kann, und dann eine vertrauensvolle Zusammenarbeit anstreben.

Es gibt jetzt den Antrag für Kultur, der morgen eingebracht werden soll. Es gibt dazu das positive Signal aus der Grünen-Fraktion. Ich kann Ihnen unsere Zustimmung aber noch nicht endgültig zusagen. Meine Damen und Herren, diese schnelle Gemeinsamkeit in Fragen der Kultur begrüßen wir natürlich. Wir finden es gut, dass dieses Hohe Haus dazu noch in der Lage ist. Aber ich bitte Sie auch einmal eindringlich um Gemeinsamkeiten in anderen Fragen.

(Beifall von GRÜNEN und Anke Brunn [SPD])

Wir streichen gerade bei einem besonderen Kulturgut. Das ist nämlich das Dach über dem Kopf. Bei

der Obdachlosenhilfe streichen wir gerade 1,2 Millionen €, weil man glaubt, wir hätten in Nordrhein-Westfalen nicht mehr so viele Obdachlose, und man müsste in diesem Bereich nichts mehr tun. Das finde ich in so einem Zusammenhang blamabel. Ich bitte Sie, wenn wir uns bei der Kultur eventuell morgen verständigen können, auch noch einmal darüber nachzudenken, ob wir für das Jahr 2009 nicht zumindest – ich weiß, dass das eng wird im Finanzkorsett – die 1,2 Millionen € für die Kultur „Jeder braucht ein Dach über dem Kopf“, nämlich für die Obdachlosenarbeit, beibehalten und nicht so herzlos sind und die auch noch streichen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich würde mich über eine solche Gemeinsamkeit freuen.

Ich nehme mir die Mahnung des Präsidenten zu Herzen: Meine Damen und Herren, vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Herzlichen Dank, Herr Kollege Groth. – Jetzt hat der Finanzminister das Wort. Bitte schön.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Einbringung des zweiten Nachtragshaushalts 2008 geschah am 18. Juni 2008. Ich habe damals vorgetragen: Nichts ist beständiger als der Wandel. Ich glaube, die letzten Wochen haben das mit dramatischer Intensität gezeigt.

Einerseits kann ein Haushaltsplan naturgemäß eine Entwicklung nur schwer vorwegplanen. Aber ich sage auch sehr deutlich: Das Haushaltsrecht des Parlaments und die Begrenzung exekutiven Handelns sind ein hohes Rechtsgut. Gelegentlich macht das erforderlich, im laufenden Jahr eine Planänderung vorzusehen. Dies geschieht mit dem zweiten Nachtragshaushalt. Wesentlicher Anlass – darüber ist gesprochen worden – für diese Einbringung sind die Umsetzung des Ergebnisses der Steuerschätzung vom Mai 2008 sowie zwangsläufige Ansatzveränderungen, die sich im Haushaltsvollzug 2008 abzeichnen und so bei der Haushaltsaufstellung nicht absehbar waren.

Insgesamt, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss die notwendige Anpassung an aktuelle Entwicklungen so gestaltet sein, dass durch einen Nachtragshaushalt die haushalts- und finanzpolitische Gesamtlinie nicht verlassen wird. Lieber Herr Groth, dies ist beim zweiten Nachtragshaushalt 2008 der Fall. Ich glaube, Sie hätten sich gefreut, wenn Sie jemals, als Sie hier Nachtragshaushalte vorlegten,

(Horst Becker [GRÜNE]: Wir hätten uns gefreut, wenn wir eure Steuereinnahmen gehabt hätten!)

so ein Ergebnis hätten vorweisen können.

(Beifall von Christian Möbius [CDU])

Es bleibt nämlich bei der vorgesehenen Nettoneuverschuldung von 1,77 Milliarden €. Sie wissen, früher waren Nachträge immer der Offenbarungseid eines jeden Finanzministers oder des gesamten Kabinetts.

Herr Groth, Sie hatten, als Sie hier den Begrüßungsapplaus nicht so ganz verkräften konnten, Feststellungen machen wollen. Ich will Ihnen einmal sagen, wie Ihre Feststellungen aussehen.

Sie haben erklärt – es geht ja immer um die Steuereinnahmen –, dass Sie von 2000 bis 2005 weniger Steuereinnahmen gehabt hätten, aber natürlich auch weniger Schulden gemacht hätten im Verhältnis zu diesen geringeren Steuereinnahmen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Die Steuereinnahmen betragen damals 3,1 Milliarden € weniger, und die Nettokreditaufnahme ist zu dieser Zeit um mehr als 3,1 Milliarden € gestiegen. Das nur zu Ihren Feststellungen.

Ich darf mir erlauben, noch einmal das Ergebnis von 1995 bis 2000 vorzutragen. Da hatten Sie 4,4 Milliarden € mehr Steuereinnahmen und haben die Nettokreditaufnahme um 407 Millionen € erhöht. Das zu Ihren Glanzleistungen in der Vergangenheit.

Der Ansatz der im Haushalt 2008 zu erwartenden Steuereinnahmen steigt von 41,52 Milliarden € auf 41,63 Milliarden €, das sind 110 Millionen € mehr. Das ist sicherlich nur deshalb möglich, weil wir die Ansätze insgesamt mit der gebotenen Vorsicht und unter Abwägung der bestehenden Risiken kalkuliert hatten. Dafür haben Sie mich oft genug gescholten. Aber ich glaube, dass sich das als sehr gut erwiesen hat.

Für uns gilt seit 2005 eine klare haushaltspolitische Linie: Konjunkturell bedingte Steuererhöhungen, die sich im Haushaltsvollzug ergeben, müssen im Sinne einer nachhaltigen Haushaltswirtschaft und/oder zur Absenkung der Verschuldung eingesetzt werden; so habe ich es immer vorgetragen. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, beziehen sich immer nur auf die Absenkung der Verschuldung. Darüber haben wir schon beim Versorgungsfonds, beim Pensionsfonds und verschiedenen anderen Vorsorgemaßnahmen gestritten. Sie wollen diese nachhaltige Haushaltswirtschaft ja offensichtlich nicht begrüßen.

Unsere Konsolidierungsleistung haben Sie heute schon zum ungefähr sechsten Male gebetsmühlenartig angezweifelt; auch Sie, Frau Brunn, haben sich ja daran beteiligt. Sie wissen, dass wir bis einschließlich des Haushalts 2008 knapp 90 % der verfügbaren Steuererhöhungen für das Land ausschließlich für die Absenkung der Nettokreditaufnahme verwandt haben. Ich habe mir erlaubt, Ihnen noch einmal das gesamte Paket an Daten

und Fakten zuzuleiten; wir hatten darüber im Haushalts- und Finanzausschuss gesprochen. Ich empfehle es Ihnen zur Lektüre. Normalerweise können Sie danach Ihre Behauptungen nicht wiederholen; anhand der Haushalte der jeweiligen Jahre können Sie ja alles überprüfen. Mein Optimismus, dass Sie hier tatsächlich die Wahrheit vortragen werden, hält sich aber in Grenzen.

In den Bereich Vorsorge fällt die Bereitstellung von 95 Millionen € für die Dotierung des Risikofonds für die WestLB-Garantie. Mit dem ersten Nachtragshaushalt 2008 hatte eine Mehrheit dieses Hauses die Landesregierung zur Abgabe einer Garantieerklärung für die WestLB ermächtigt. Sie ist ein wesentliches Element des Gesamtkonzepts zur Zukunftssicherung der WestLB, auf das sich alle Eigentümer verständigt haben. Zusammen mit der Einrichtung einer Zweckgesellschaft war das auch der richtige und angemessene Schritt. Ich glaube, wir waren seinerzeit Vorreiter für das Berliner Handeln in der letzten Woche. Sie haben das damals abgelehnt, anders als Ihre Kollegen in Berlin das jetzt getan haben, obwohl das Handeln vergleichbar ist.

Sie, Frau Brunn, haben heute den Nachtrag mit der Begründung abgelehnt, dass das Gremium nach § 10a des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes, das jetzt im Bundestag gegründet wird, vorbildhaft sei und wir so etwas nicht hätten. Ich glaube, Herr Groth hat Ihnen gerade gesagt, dass wir einen Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ haben. Da wird selbstverständlich minutiös berichtet werden. Ich glaube, keiner von Ihnen kann sich über die Informationspolitik des Finanzministeriums beschweren. Ich nehme für mich in Anspruch, dass ich Sie, sogar ohne dass Sie anklopfen oder einen Wunsch äußern, von mir aus informiere. Ich wäre Ihnen, Herr Groth, dankbar, wenn Sie Bemerkungen wie die von vorhin in Zukunft sein lassen würden.

(Beifall von der CDU)

Ich will Ihnen gerne noch etwas zu dem Gremium zum Finanzmarktstabilisierungsfonds in Berlin sagen. In § 10a Abs. 2 des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes heißt es:

Das Gremium wird vom Bundesministerium der Finanzen über alle den Fonds betreffenden Fragen unterrichtet.

Genau das machen wir hier in Nordrhein-Westfalen schon seit Langem, und zwar in Bezug auf jede Angelegenheit. Eine dünnere Begründung für die Ablehnung, Frau Brunn, konnten Sie sich wirklich nicht einfallen lassen.

(Beifall von der FDP)

Sie wissen, dass mit dem Risikofonds auch die Belastungen in der Zukunft bezüglich Zeit und Höhe geglättet werden und dass das verantwortungsvolle,

vorsorgende und nachhaltige Haushaltspolitik ist. Die Zustiftung in Höhe von 15 Millionen € für die Stiftung Zollverein gehört ebenfalls in diese Kategorie. Sie wissen, dass damit dauerhaft 600.000 € jährlich eingespart werden. Es ist ein notwendiger Zuschuss für dieses Kulturerbe in unserem Land.

Die übrigen zwangsläufigen Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen verteilen sich auf verschiedene Einzelposten mit einem Volumen von rund 180 Millionen €. Sie werden vollständig durch Minderausgaben oder nichtsteuerliche Mehreinnahmen gedeckt. Auch diese Minderausgaben zeigen, dass wir in den Ansätzen sehr realistisch sind und immer mit einem Vorsichtsfaktor rechnen. Auch das könnten Sie hin und wieder positiv hervorheben.

(Beifall von der FDP)

Hervorzuheben sind sicherlich die 56,9 Millionen € Mehrausgaben für die Kindpauschalen nach dem KiBiz. Die Meldungen der Jugendämter haben ein Mehr von 66,9 Millionen € ergeben. Da wir bereits 10 Millionen € für Sonderbedarfe im Umstellungsjahr eingeplant hatten, müssen nur noch 56,9 Millionen € abgedeckt werden.

Zu den von Ihnen angesprochenen 72 kw-Stellen kann ich nur sagen, dass Ihnen auch nichts Neues mehr einfällt. Darüber haben wir jetzt schon so oft gesprochen. Schauen Sie sich in den Anhörungsprotokollen nur einmal an, was der DGB-Chef in Nordrhein-Westfalen, Herr Schneider, dazu vorgebracht hat. Ich zitiere aus dem Protokoll eine Aussage von Herrn Schneider:

Ich halte das für eine „Kinderdiskussion“. Jede neue Regierung hat den Anspruch darauf, zumindest im engeren Kern mit Personen ihres politischen Vertrauens tätig zu werden.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Kinder sind vernünftiger als Sie!)

– Als Grüne, Frau Löhrmann, würde ich mich nicht trauen, auch nur ein Wort dazu zu sagen.

(Beifall von der CDU)

Sie, die Grünen, haben 1995 zwei Ministerien bekommen; wir haben elf Ministerien übernommen. Sie haben seinerzeit 24 oder 26 neue Stellen geschaffen. Multiplizieren Sie die mit fünfeinhalb, und Sie kommen auf eine Größenordnung, die weit über das hinausgeht, was wir gemacht haben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Quatsch!)

– Das ist Ihnen natürlich unangenehm.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das ist falsch!)

Aber es ist die Wahrheit, und deshalb muss man es vortragen. Im Übrigen haben wir so viele kw-Stellen abgebaut, dass allein die Ministerialkapitel bis Ende 2009 226 kw-Stellen weniger ausweisen werden. Vor diesem Hintergrund ist Ihr ganzes Gerede über diesen Sachverhalt Tinnel.

Mit dem Entwurf des zweiten Nachtragshaushalts geht die Landesregierung auf den aktuellen Änderungsbedarf in diesem Jahr ein und setzt ihn im Haushalt um. Bei aller Veränderung liegt dieser zweite Nachtragshaushalt gleichwohl voll und ganz auf der haushaltspolitischen Linie dieser Landesregierung. Wir kommen damit unserer Verantwortung gegenüber dem Land nach. Sie als Opposition sind einfach immer blind dagegen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister!

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Schauen Sie sich einmal an, wie wir uns verhalten haben. Wir haben dadurch an Finanz- und Wirtschaftskompetenz gewonnen. Nirgendwo auf den Kompetenzfeldern ist der Abstand zwischen Ihnen und uns so groß wie genau auf diesen Feldern. Aber das haben Sie davon.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich mache Sie noch einmal darauf aufmerksam, dass wir etwa zwei Stunden über der Zeit sind und heute Abend noch einen gemeinsamen Termin haben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wenn die Landesregierung so lange redet!)

Die CDU-Fraktion hat jetzt das Wort. – Herr Möbius verzichtet. Das halte ich für sehr lobenswert.

(Allgemeiner Beifall)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herrn Becker gemeldet. Wünscht er das Wort? – Nein, aber Herr Groth noch einmal.

(Zurufe)

Ewald Groth (GRÜNE): Bei allem Respekt, Herr Präsident, meine Damen und Herren, das können wir so nicht stehen lassen. Es kann nicht angehen, dass der Finanzminister sich im Jahr 2008 erneut hinstellt und wieder negiert, dass es eine Vorlage vom 19. September 2005 aus seinem Haus gibt, die er persönlich unterschrieben hat. Schon damals haben Sie immer wieder behauptet: Die Grünen haben so viele Leute eingestellt.

Aus dieser von Ihnen unterschriebenen Vorlage geht eindeutig hervor – vielleicht mögen Sie es heute gar nicht mehr so haben –,

(Minister Dr. Helmut Linssen: Da stehe ich voll hinter!)

dass es im Ministerium für Umwelt, Raumordnung, Naturschutz und Landwirtschaft keine einzige Stelle gegeben hat und bei den grünen Ministerien insgesamt zwei Stellen, die im folgenden Jahr wieder

abgebaut worden sind. Beim Regierungswechsel hat es daher nach einem Jahr keine einzige Stelle mehr von Gefolgsleuten gegeben. Bei Ihnen gibt es 72 Leute mit dem richtigen Parteibuch, 72 Getreue – und zwar nicht nur für ein Jahr, sondern jetzt schon für drei Jahre, und es wird sie auch auf Dauer im Landeshaushalt geben. Sie überziehen das Land mit Ihren Leuten. Das ist nicht in Ordnung.

(Widerspruch von der CDU – Lachen von Minister Dr. Helmut Linssen)

Was haben Sie über die Sozialdemokraten gewettert, bevor Sie an der Regierung waren. Was tun Sie jetzt, Herr Finanzminister? Dass Sie die Chuzpe haben, mehr oder weniger so zu tun, als wenn Sie die Vorlage nicht unterschrieben hätten, als ob das nicht die Wahrheit sei ...

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

– Deshalb haben Sie vorhin auch meine Zwischenfrage nicht zugelassen, weil Sie ganz genau wussten, dass Sie auf dem Holzweg sind.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie müssen zugeben, dass Sie gerade die Unwahrheit gesagt haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Widerspruch von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Groth. – Als letzter Redner dieser Debatte hat der Abgeordnete Sagel das Wort. – Er verzichtet auch. Wunderbar.

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zur Abstimmung. Ich darf Ihnen zwei Verfahrenshinweise geben. In der ausgedruckten Tagesordnung ist zu diesem Tagesordnungspunkt eine dritte Lesung vorgesehen. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die **dritte Lesung auf die morgige Plenarsitzung zu verschieben**. Sie müssen daher morgen früh über die Erweiterung der Tagesordnung und darüber beschließen, an welcher Stelle der Tagesordnung die dritte Lesung stattfinden soll.

Zudem haben sich die Fraktionen darauf verständigt, den **Gesetzentwurf** zum Risikofondsgesetz **Drucksache 14/6921 auch in dritter Lesung** zu beraten, die ebenfalls morgen stattfinden soll.

Darüber hinaus wird über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion Drucksache 14/7724 und den angekündigten Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, der aber noch nicht vorliegt, morgen vor der dritten Lesung zu entscheiden sein.

Sind Sie mit diesen Verfahrensanträgen einverstanden? – Da keine Einwände erhoben werden, machen wir es so.

Damit stimmen wir in zweiter Lesung ab, und zwar zunächst über das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz. Der Haushalts- und Finanzausschuss emp-

fielt in der Beschlussempfehlung Drucksache 14/7690, den Gesetzentwurf Drucksache 14/6920 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Abgeordnete Sagel. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/7690 angenommen** und der Entwurf des **Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes 2008 in zweiter Lesung beschlossen**.

Dann stimmen wir in zweiter Lesung über den Entwurf des Risikofondsgesetzes Drucksache 14/6921 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt hierzu in Drucksache 14/7691, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer dieser Empfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Abgeordnete Sagel. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/7691 beschlossen** und der **Gesetzentwurf Drucksache 14/6921 in zweiter Lesung angenommen**.

Die **dritte Lesung** findet **morgen** statt. Damit haben wir Tagesordnungspunkt 5 abgeschlossen.

Ich rufe auf:

6 Landesregierung muss den Bedarf an U3-Plätzen uneingeschränkt fördern!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6317

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Generationen, Familie und Integration
Drucksache 14/7436

Ich weise darauf hin, dass dieser Antrag gemäß § 79 Abs. 2 der Geschäftsordnung vom Plenum mit der Maßgabe an den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration überwiesen worden ist, dass die Beratung und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgen soll. Die Beschlussempfehlung und der Bericht des Ausschusses liegen Ihnen vor.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Altenkamp das Wort. Bitte schön.

Britta Altenkamp (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir können die Debatte heute einigermaßen kurz und bündig gestalten, denn im Verlauf der Debatte im Fachausschuss hat sich überaus deutlich gezeigt, dass die Landesregierung klare Zahlen zu der Frage, wie viele Plätze gefördert werden und wie viele Kinder

in Nordrhein-Westfalen eine Kindertageseinrichtung besuchen, entweder nicht vorlegen will oder nicht vorlegen kann.

Damit muss man feststellen, dass es zum Punkt mehr Transparenz durch das sogenannte Kinderbildungsgesetz ein im Haushaltsplan 2009 nachlesbares klares Bekenntnis gibt: Es ist nicht möglich; es gibt durch dieses Gesetz nicht mehr Transparenz.

Wenn es aber so sein sollte, dass die Landesregierung faktisch nicht darstellen will, wie viele Kinder gefördert werden und wie lange die Kinder eine Tageseinrichtung besuchen, hat das ganz sicher etwas damit zu tun, dass die Leistungen der Vorgängerregierung möglichst klein gehalten werden sollen und der Beweis nicht erbracht werden kann oder soll, wie viele Kinder tatsächlich zum Beispiel im Jahr 2005 eine Kindertageseinrichtung besucht haben oder wie viele Kinder unter drei Jahren einen landesgeförderten Platz im Jahr 2005 hatten. Tatsächlich sind es ja 15.772 Plätze. Ganz sicher wird der Minister gleich wieder von 11.000 Plätzen sprechen.

Genau um diese Nebelkerzen zu werfen, werden Sie nicht müde zu verschleiern, um wie viele Plätze es tatsächlich geht. Tatsache ist jedenfalls auch, dass das dazu dient, dass wir die Leistungen, die das KiBiz wirklich erbringt, nie erfahren werden. Das ist für uns als Oppositionsfraktionen bedauerlich. Aber ein Ziel, das der Landesminister mit dem sogenannten Kinderbildungsgesetz unterstützt hat, ist eben nicht erreicht worden.

Weniger Bürokratie gibt es auch nicht. Entgegen dem, was die Landesregierung an Transparenz und Offenheit im Parlament vorgibt, ist es nicht so, dass unten in den Einrichtungen, bei den Trägern, weniger Bürokratie erforderlich ist. Die müssen ständig jeden Monat erheben, wie viele Kinder durchschnittlich in einer Kindertageseinrichtung sind, wie lange sie da sind und so weiter und so fort. Darüber hinaus müssen sie die Bedarfe bei den Eltern abfragen, die ihre Kinder zurzeit in einer Kindertageseinrichtung haben. Der örtliche Jugendhilfeträger muss ständig Abfragen machen. Das ist zwar alles ganz wunderbar, nur hatten Sie weniger Bürokratie versprochen.

(Minister Armin Laschet: Qualität!)

– Mit „Qualität“ haben die Abfragen noch nichts zu tun. Nach Qualität fragt da kein Mensch.

(Minister Armin Laschet: Doch!)

– Schauen Sie es sich einmal an. Manche Erzieherinnen liegen am Wochenende ermattet auf der Couch, weil sie vor lauter Abfragen überhaupt nicht mehr in der Lage sind, darüber zu diskutieren, wie viel Qualität frühkindliche Bildung in einer Kindertageseinrichtung tatsächlich verlangt.

Jetzt kommen wir zum nächsten Punkt: Das, was alle immer erwartet haben, ist tatsächlich eingetre-